

Stand: 07.05.2021 15:58:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/13106

"Normalität schenken: Exit-Strategie vorbereiten und Gärtnereien zum Valentinstag öffnen!"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 18/13106 vom 04.02.2021
2. Beschluss des Plenums 18/13150 vom 04.02.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 04.02.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Martin Böhm, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Normalität schenken: Exit-Strategie vorbereiten und Gärtnereien zum Valentinstag öffnen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die bayerischen Gärtnereien, Baumschulen und Blumenverkäuferstände baldmöglich, spätestens jedoch zum 12. Februar 2021, zwei Tage vor dem diesjährigen Valentinstag, zu öffnen. Während des Betriebs sind in den Gärtnereien die AHA-Regeln einzuhalten. Entsprechend der aktuellen Infektionssituation wird zudem eine Kundenobergrenze, basierend auf der Größe der Verkaufsfläche, festgelegt.

Gleichzeitig wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag baldmöglich zu berichten, ob und unter welchen Bedingungen einer der Corona-Stufenpläne zur Wiederöffnung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, wie er in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen erarbeitet wurde, auch in Bayern nach dem 12. Februar 2021 angewendet werden könnte.

Begründung:

Die Corona-Einschränkungen schädigen unsere bayerische Wirtschaft enorm. Jeder Tag der Geschäftsschließungen kostet die bayerische Wirtschaft EUR 200 Mio.¹ Ganz Branchen stehen vor dem Aus. Fast ein Viertel der Unternehmen gibt an, dass sie ohne zügige Auszahlung (weiterer) Corona-Hilfen Insolvenz anmelden müssen². Schwer betroffen sind dabei auch die Gärtnereien, Baumschulen und Blumenverkäuferstände. Aufgrund der langen Zeit der Vorproduktion für wenige umsatzreiche Ereignisse im Jahr 2020, beispielsweise Ostern, das Oktoberfest und Weihnachten, müssen die Unternehmer durch den Lockdown schwerwiegende Umsatzeinbußen verkraften. Auch der normalerweise zu dieser Zeit stattfindende Verkauf von Gemüsejungpflanzen kostet die Branche auch im Jahr 2021 einen großen Teil des Jahresumsatzes.

Um unsere regionalen Betriebe zu entlasten und unseren Gärtnereien und Blumenverkäuferständen das in diesem Jahr für sie wohl umsatzreichste Wochenende, die Tage vor dem Valentinstag, nicht durch die Zwangsschließung während des zweiten Lockdowns zu nehmen, sollen die Gärtnereien baldmöglich, spätestens jedoch ab dem 12. Februar 2021 wieder geöffnet werden. Dabei sind die AHA-Regeln einzuhalten und eine entsprechende maximale Kundenzahl, basierend auf der Größe der Verkaufsfläche, festzulegen.

¹ Einschätzung von Dr. Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern. URL: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-coronahilfen-huerdenbetroffene-1.5179071>

² Handelsverband Bayern (2021). „So haben wir uns unbürokratische Hilfen nicht vorgestellt“. Süddeutsche Zeitung. URL: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-coronahilfenhuerden-betroffene-1.5179071>

Im Gegensatz zu Bayern haben andere Bundesländer bereits eine klare umfassende Exit-Strategie aus dem Lockdown entwickelt: Am 28. Januar und 2. Februar 2021 haben die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen bereits die von ihnen entwickelten Stufenpläne zur etappenweisen Öffnung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens verabschiedet^{3,4}. Abhängig von der 7-Tage-Corona-Inzidenz, unter Auflage der Hygienemaßnahmen variierender Strenge, werden darin die Öffnungskriterien für alle Bereiche klar beschrieben. Es ist höchste Zeit für die Staatsregierung, baldmöglichst über die Möglichkeiten eines ähnlichen Stufenplans für Bayern zu berichten.

³ Business Insider (2021). Ist das der Weg aus dem Lockdown? Schleswig-Holstein legt Stufenplan vor, der nun für ganz Deutschland geprüft wird. URL: <https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/schleswig-holstein-legt-stufenplan-raus-aus-dem-lockdown-vor-vorbild-fuer-ganz-deutschland-a/>

⁴ NDR (2021). Corona: Niedersachsen braucht Geduld, hat aber einen Plan. URL: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Corona-Niedersachsen-braucht-Geduld-hat-aber-einen-Plan_coronavirus292.html



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Martin Böhm, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/13106

Normalität schenken: Exit-Strategie vorbereiten und Gärtnereien zum Valentinstag öffnen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Annette Karl

Abg. Klaus Stöttner

Abg. Albert Duin

Abg. Toni Schuberl

Abg. Markus Plenk

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Susann Enders

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Gerd Mannes

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Albert Duin u. a. und Fraktion (FDP)

Gerechtigkeit im Einzelhandel herstellen (Drs. 18/12914)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Normalität schenken: Exit-Strategie vorbereiten und Gärtnereien zum Valentinstag öffnen! (Drs. 18/13106)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Den Einzelhandel in Bayern durch gerechte Regelungen und Perspektiven stärken! (Drs. 18/13107)

Ich gebe bekannt, dass die FDP-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Bemerkungen vorweg: Erstens, der Einzelhandel "kann" Corona. Zweitens, die Lage ist zu ernst, als dass sie für persönliche Profilierung oder für parteipolitische Spielchen taugt. Liebe Kolleg*innen der FREIEN WÄHLER, Sie haben heute, hier und jetzt die Chance, Ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Ich erinnere

an letzten Mittwoch, circa 17 Uhr, hier: Da stand unser Antrag, den Einzel- und Fachhandel zu öffnen, um die Chancengerechtigkeit im Wettbewerb mit den Supermärkten im Non-Food-Bereich wiederherzustellen, zur Abstimmung. Sie haben diesen Antrag zusammen mit der CSU abgelehnt. Keine 24 Stunden später aber forderte Ihr wirtschaftspolitischer Sprecher im Namen der Fraktion in einer Pressemitteilung – da zitiere ich: "Einzelhandel öffnen – jetzt!" Diese Forderung war schon am Mittwoch letzter Woche richtig. Sie war auch am Donnerstag richtig, und sie ist hier und heute nach wie vor wichtig und richtig.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage Ihnen, wie wichtig: Die Staatsregierung greift mit Ihrer Billigung und Unterstützung in den Wettbewerb ein, ohne den notwendigen wirtschaftspolitischen Kompass. Sie halten auf der einen Seite die Supermärkte und Discounter mit dem gesamten Non-Food-Sortiment für unverzichtbar und systemrelevant, konzentrieren damit dort Kundenströme – vom Infektionsgeschehen her höchst problematisch – und akzeptieren und bewirken durch Ihre politischen Entscheidungen zunehmende Marktanteile und natürlich zunehmende Gewinne bei diesen Unternehmen. Auf der anderen Seite schwächen Sie den Einzel- und Fachhandel durch Ihre Eingriffe in den Wettbewerb ganz massiv und unmittelbar und, was genauso schlimm ist, auch längerfristig durch Substanzverlust und Marktverschiebungen. Und Sie riskieren eine Verödung der Innenstädte. Zahllose Förderprogramme zur Belebung der Innenstädte und Ortskerne werden bei dieser Politik zur Makulatur. Sie sind es, die diese unsäglichen und inakzeptablen Wettbewerbsverzerrungen zu verantworten haben. 60.000 Betriebe, 330.000 Beschäftigte und 40.000 Auszubildende schauen auf den Ausgang der heutigen Beratungen und die weiteren Weichenstellungen.

(Beifall bei der FDP)

Wir alle bekennen uns in dieser Krise zur vorrangigen Aufgabe, Leben zu schützen und das Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Aber unter dieser Zielsetzung müs-

sen wir auch Antworten finden, wie wir mit Corona leben wollen. Corona ist ein gewaltiger Eingriff in Lebenschancen von Kindern und jungen Menschen und eben auch ein massiver Eingriff in die Existenz von Unternehmen, Mitarbeitern und ihren Familien. Es ist nach unserer festen Überzeugung ein Gebot der Gerechtigkeit, der Sozialstaatlichkeit, der Gleichheit und eines respektvollen und würdevollen Umgangs mit allen Akteuren, die Lasten möglichst gleichmäßig zu verteilen – nicht mehr und nicht weniger steht hier auf dem Spiel.

Ich sage Ihnen: Der Einzel- und Fachhandel ist gut vorbereitet. Er "kann" Corona. Entscheiden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, heute bitte so, wie Sie es für richtig halten und wie Sie es schon öffentlich bekundet haben, und schicken Sie jetzt nicht einen Vertreter Ihrer Fraktion hier ans Pult, um zu erklären, dass Sie zwar wollen, aber nicht dürfen. Wenn nicht jetzt, wann dann wollen Sie Ihr Gewicht in die Waagschale der Koalition werfen? Es geht um Mittelstand, es geht um existenzielle Fragen vieler Menschen, und es geht nicht zuletzt auch um Perspektiven für den ländlichen Raum. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf den FDP-Antrag habe ich gewartet, nachdem unser Antrag von letzter Woche ähnlich gelagert war und den Schwerpunkt auf Friseur gelegt hatte. Heute geht es um diese Mischwaren, die in Supermärkten angeboten werden, deren Verkauf dem Facheinzelhandel aber verweigert wird, obwohl die Quadratmeterzahl der Läden dem Infektionsgeschehen zugutekommen würde, weil mehr Quadratmeterzahl für die Kunden zur Verfügung stehen würde. Aber vor allem ist es die Ungerechtigkeit. Da

sind wir bei Ihnen, sehr verehrte Freie Demokraten. Aber es wäre nett, wenn Sie einmal nicht nur einen Bericht von der Regierung fordern würden, sondern konkrete Öffnungsperspektiven.

Wir haben den Berichtsantrag in unserem Nachzieher konkreter gefasst. Es steht und fällt alles mit der Bewertung von Inzidenzwerten. Dazu haben wir heute noch einen AfD-Antrag hier. Solange wir die Inzidenzwerte so bewerten, wie es der Ministerpräsident gestern um 20:01 Uhr in "WELT TV" getan hat, dass er eine Inzidenzzahl von 10 in Erwägung zieht, ab der die normalen Öffnungen vonstattengehen könnten, werden wir für viele Branchen einen Lockdown vom 2. November bis Anfang Juni haben. Das ist keine Öffnungsperspektive, das ist der Ruin für viele Betriebe. Nicht zu Unrecht sagt der IHK-Präsident Sasse in "B5" am 03.02.2021: Es müssen jetzt die Friseure aufmachen. Es muss eine Öffnungsperspektive her. – Im "ZDF heute-journal" wird am 02.02. Prof. Münkler zitiert: Es droht auch durch die massiven Fehler bei der Impfstoffbeschaffung und der Durchimpfung der Bevölkerung, die als notwendig erachtet wird, um wieder eine Normalität zu gewinnen und Geschäfte zu öffnen, ein massiver Vertrauensverlust in der Bevölkerung. Ich zitiere Prof. Münkler: Perspektivlosigkeit ist hier vor allem das Grundübel, auch für Demokratieverlust. – Da ist sicherlich nicht die FDP verantwortlich – der Antrag geht in die richtige Richtung –, sondern die Regierung. Ich halte es für unverantwortlich, dass der Ministerpräsident jetzt noch eins drauflegt.

In der letzten Landtagssitzung wurde angekündigt, dass Öffnungsperspektiven präsentiert werden. Ich habe in keinem Antrag eine gesehen. Ich bin gespannt, wann die Regierung nachlegt, wenn schon der Spezialfreund des Ministerpräsidenten, Herr Daniel Günther, einen perspektivischen Vorschlag zur Öffnung unterbreitet hat, der genau zur Folge hätte, dass bis Juni viele Geschäftsbereiche geschlossen wären. Das kann keine Perspektive für die Zukunft sein.

Ich nehme an, dass hierüber in der Regierung Zwiespalt besteht. Der Herr Staatssekretär vertritt heute den Wirtschaftsminister, der am 3. Februar in einem "B5 aktuell"-Interview gesagt hat: Öffnen, sonst drohen Insolvenzen. – Manchmal hat man schon das

Gefühl, dass Insolvenzen einfach in Kauf genommen werden. Auf der anderen Seite wird die Mehrwertsteuerreduzierung verlängert, und zwar zu Recht. Sie ist eine Entschädigung für Zwangsschließungen, die Sie zu verantworten haben. Wenn man nämlich die Alten schützen und die Alten- und Pflegeheime – dort gibt es Sonderausbrüche – aus der Berechnung der Inzidenzwerte herausnehmen würde, bestünde unter Einhaltung der AHA-Regeln eine vernünftige Öffnungsperspektive.

Beim FDP-Antrag enthalten wir uns, zu unserem Antrag bitten wir um Zustimmung, und beim SPD-Antrag stimmen wir dagegen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie am Mikrofon, Herr Bergmüller. Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage. Herr Bergmüller, bleiben Sie bitte gerne noch vorne. – Herr Prof. Bausback, Sie hatten sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Nein. Dann war das ein Versehen. Kein Problem. Herr Bergmüller, dann hat es sich erledigt. Vielen herzlichen Dank. – Dann ist die nächste Rednerin für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Annette Karl.

Annette Karl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Das Problem, das dieser Antrag anspricht, ist uns allen bekannt, und zwar nicht erst seit heute. Das heißt aber noch lange nicht, dass dieses Problem auch einfach zu lösen ist. Wir haben ein Gerichtsurteil, das besagt, dass man in den Supermärkten nicht einfach ganze Bereiche sperren kann, wenn diese Supermärkte oder Discounter entsprechende Dinge schon vorher angeboten haben. Früher gab es bei Netto ein Paar Socken im Sonderangebot, jetzt gibt es Blumen, jetzt gibt es Klamotten, und jetzt gibt es dort den halben Heimwerkermarkt. Dies ist leider so einfach nicht zu regeln. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ganze ist aber keine Entschuldigung für die Untätigkeit der Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass es in unseren Innenstädten auch nach der Pandemie noch kleine, schnuckelige Fachgeschäfte gibt. Diese Fachgeschäfte machen den Reiz unserer Innenstädte aus. Wir müssen bis zum Ende der Pandemie darauf achten, Möglichkeiten zu finden, diese Läden zu erhalten und durch die Krise zu bringen. Das heißt, die Verordnung muss geändert werden, sobald es die Zahlen zulassen. Bis dahin brauchen wir eine bürokratiefreie schnelle Unterstützung für diese kleinen Betriebe. Für die Überbrückungshilfe III gibt es noch nicht einmal eine Software, geschweige denn irgendwelche Gelder.

Derweil brauchen wir eine Untersuchung dazu, welche Hygienemaßnahmen denn vor dem zweiten Lockdown gut gewirkt haben und auf was man sich verlassen kann. Wir brauchen auch dringend klare Öffnungsperspektiven. Wir brauchen Planungssicherheit für die Unternehmen. Die Staatsregierung muss die Zeit des Lockdowns nutzen, statt erst anschließend damit zu beginnen, darüber nachzudenken, was sie tut.

Wir werden dem Antrag der FDP zustimmen. Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag. Den Antrag der AfD werden wir ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Karl. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Klaus Stöttner.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrtes Hohes Haus! Ich unterstelle den respektablen Kollegen aller Fraktionen die Ehrenhaftigkeit, mit ihren Anträgen den Menschen draußen helfen zu wollen. So leicht, wie es sich unsere Oppositionsparteien mit ihren drei Anträgen machen, ist es aber leider nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich möchte an die Gesamtverantwortung des Hohen Hauses appellieren. Auch uns als Regierungspartei CSU zusammen mit unseren Kollegen von den FREIEN WÄHLERN

macht es keine Freude, in dieser Situation Entscheidungen mitzutragen, die draußen oft schwierig zu akzeptieren sind.

Die Ungleichbehandlung von Discountern und Einzelhandel ist auch für uns im Grunde nicht akzeptabel. Das Verwaltungsgericht Augsburg hat entschieden, dass eine Sperre von Non-Food-Produkten nicht rechtens ist. Der Pressesprecher des Verwaltungsgerichts hat deutlich gemacht, dass dies für ganz Bayern gelten wird. Ich habe mich selbst schwer aufgeregt, weil ich ähnlich denke wie viele Parlamentarier: dass unser Einzelhandel darunter leidet. Ich habe erkennen müssen, dass es unsere Verordnung nach dem Infektionsschutzgesetz mit der Positivliste nicht hergibt, im Detail zu differenzieren, weil wir den Lebensmittel-Discountern auch bisher das Anbieten von Nebenprodukten gewährt haben.

Zu Ihrer Information: Der Einwand, dass das nicht rechtens sei, ist berechtigt, wenn der Discounter bisher ein Regal mit Bettwäsche hatte, jetzt aber fünf Regale mit Bettwäsche aufstellt. Das Ordnungsamt darf dann einschreiten und kann die Erweiterung der Produktpalette in den Discountern einschränken. Das Ordnungsamt ist gefragt, die gleichwertigen Strukturen der Discounter zu erhalten, da sie mit ihren Lebensmittelprodukten lebensnotwendig sind. Deswegen hat der Gesetzgeber hier keine Möglichkeit.

Sie alle tun sich sehr leicht damit, alles zu kritisieren und sich wie die AfD zu wünschen, dass die Geschäfte am 14. Februar, am Valentinstag, wieder geöffnet werden. – Leute, ich wünsche mir das genauso. Die Wahrheit ist aber: Wenn jetzt etwas Unüberlegtes gemacht würde, hätten wir 14 Tage oder 3 Wochen später wieder Zahlen, die uns Schwierigkeiten bereiten würden. Glauben Sie, dass Sebastian Kurz in Österreich Spaß daran hat, den dritten Lockdown anzuordnen? – Die Situation ist dort genau die gleiche.

Ich bin unserem Ministerpräsidenten Dr. Söder und unserem Wirtschaftsminister Aiwanger sehr dankbar dafür, dass sie einige wenige ganz große Entscheidungen getroffen haben. Es geht um Schadenersatz, nicht um Hilfen für unsere Betriebe, die

wirklich nichts dafür können. Sie müssen abgedeckt werden. Wir haben es jetzt geschafft, den Verlustrücktrag rückwirkend auf ein Jahr auszuweiten. Dies wird viele Unternehmer stärken und ihnen deutlich machen, dass es wichtig ist, sich aus den guten Gewinnen der Vergangenheit selbst zu finanzieren.

Machen wir es uns bitte nicht so leicht, nur damit ein Antrag gut aussieht. Ich habe für das, was in den Anträgen zwischen den Zeilen steht, durchaus Sympathie. Wir haben aber noch keine Berechtigung, jetzt direkt etwas zu machen.

Lieber Albert Duin, wir sind gute Freunde; in vielen Punkten hast du recht. Wir haben aber eine Gesamtverantwortung, eine Brücke in bessere Zeiten zu errichten. Als starkes Land Bayern tragen wir Verantwortung dafür, dass es anschließend besser geht. Deshalb bitte ich euch alle – auch dich, Franz Bergmüller, du als Wirtschaftsmann, Annette Karl, langjähriges Mitglied im Wirtschaftsausschuss –, ihr seid für die Unterstützung dieser strengen Maßnahmen genauso verantwortlich. Wir geben viel Geld aus, damit diese Brücke gebaut werden kann.

Die drei Anträge sind gut gemeint, sie werden uns aber nicht helfen. Wir haben davon abgesehen, selbst einen Antrag nachzuschieben. Der FDP muss ich sagen: Es ist nicht in Ordnung, dass ihr solche Schaufensteranträge stellt und allen Einzelhändlern schreibt, dass wir die Anträge abgelehnt haben. Das ist Populismus pur.

(Beifall bei der CSU)

Ich erwarte von euch eigentlich etwas mehr Fairness.

Martin Hagen, ich wollte es heute nicht so krass sagen: Ihr habt die Chance gehabt, in Berlin Verantwortung zu übernehmen. Ihr habt das nicht gemacht. Jetzt fordert ihr in der Opposition Dinge, die nicht akzeptabel sind, die nicht machbar sind. Tragt etwas mehr Gesamtverantwortung! Seid im Geiste in einer respektablen Art Brüder und Schwestern im Hohen Haus! Stellt keine populistischen Anträge, die nicht in Ordnung sind! – Wir lehnen alle drei Anträge ab.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Stöttner, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Herr Kollege Stöttner, bitte kommen Sie noch einmal nach vorne. Ihre Rede hat vier Zwischenbemerkungen ausgelöst. Die Erste ist vom Herrn Abgeordneten Bergmüller von der AfD.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Klaus, nebenbei bemerkt, ich sitze hier herüber; normalerweise weißt du das. – Du hast eine Verantwortung als Vorsitzender des Tourismusverbandes Oberbayern. Was sagst du denn den Mitgliedern, speziell den Gastromomen und Hoteliers in dem Bereich, da der Herr Ministerpräsident gestern – das habe ich vorher zitiert – um 20:01 Uhr bekannt gegeben hat, dass ein Inzidenzwert von 10 für ihn maßgebend für maßgebliche Öffnungen sei, und gleichzeitig der Vizeministerpräsident sagt: Öffnen, sonst drohen Insolvenzen?

Wohin tendierst du mit deinem zweiten Herzen als Verbandsvertreter des Tourismusverbandes Oberbayern? Wo vertrittst du die Meinung der Hoteliers und der ganzen Tourismusbranche? Du müsstest aufstehen und sagen: Lieber Herr Ministerpräsident, so geht es nicht mehr weiter. – Die Pleiten stehen vor der Haustür.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Bergmüller. – Herr Stöttner, Ihre Antwort, bitte.

Klaus Stöttner (CSU): Lieber Kollege Bergmüller, verehrtes Haus! Ein kluger Politiker versucht, im Hintergrund Dinge zu regeln, die auch machbar sind. Nur Dinge zu verkünden und zu fordern, die nicht machbar sind, ist Scharlatanerie.

Ich bin sehr nahe bei meinen Unternehmen. Ich hatte gestern Abend zeitweise 50 Unternehmer in der Videokonferenz. Sie verstehen, dass wir Politiker uns sehr schwer tun, das zu entscheiden.

(Zuruf)

Franz, ich hätte gerne den Skibereich geöffnet. Der Branche wird durch den Schadenersatz ein enormer Ausgleich für den Ausfall gewährt. Die Industrie- und Handelskammer macht einen superguten Job. Sie hat 70 % bis 90 % der Anträge abgearbeitet. Wir haben auch schwere Mischfälle. Es gibt immer Probleme, keine Frage. Als Touristiker glaube ich, dass wir diesen Winter mit unseren Unterstützungen gut überstehen werden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stöttner, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Klaus Stöttner (CSU): Ich wünsche der Branche einen guten Start. Wir müssen deutlich und klar den Tourismus unterstützen. Der Ministerpräsident hat das gestern auch mit der Mehrwertsteuerreduzierung deutlich gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön für Ihre Antwort. Sie bekommen noch mal eine Redezeitverlängerung von Herrn Albert Duin von der FDP.

Albert Duin (FDP): Lieber Klaus, du hast mich gerade in deiner Rede erwähnt. Das ist auch alles schön und gut. Du redest aber von gleichgestellten Verboten statt von gleichgestellten Öffnungen. Das ist ein riesiger Unterschied. Unternehmen zu verbieten, etwas zu verkaufen, damit Gleichbehandlung hergestellt wird, ist eine Unverschämtheit.

Das Zweite: Die Leute würden lieber arbeiten, als mit Geld – und das Geld ist unser aller Geld – zugeschüttet zu werden.

Das Dritte ist: Wir brauchen endlich einen Plan. Wir brauchen einen Plan, wie wir wieder öffnen. Wenn wir am 15. Februar alles wieder aufmachen, geht derselbe Mist wieder los. Wir brauchen praktisch einen Tag für Tag fortlaufenden Plan: Wie kriegen wir alles wieder zum Laufen?

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stöttner, bitte, eine Minute.

Klaus Stöttner (CSU): Wie lange habe ich Zeit?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Minute.

Klaus Stöttner (CSU): Eine Minute. – Lieber Albert Duin, wir sind uns in der Sache wirklich einig, einen Plan zu machen.

(Zuruf)

Ein Plan, den man in zwei Wochen wieder über den Haufen schmeißen muss, wird keine Glaubwürdigkeit erzielen. Ich bin auch dafür, dass wir die Perspektive haben.

In welchen Kriterien können wir öffnen? – Es wurde auch diskutiert und gesagt: Mit einer Inzidenz von unter 50 darf der eine Landkreis aufsperrn und der andere nicht aufsperrn. Das wird schwierig werden, weil dann die Menschen in den anderen Landkreis tingeln.

(Zuruf)

Glaubt nicht, dass wir nicht verantwortungsvoll mit dem Thema umgehen.

(Zuruf)

Der Ministerpräsident ist ein sehr sensibler, ein wirklich sehr verantwortungsvoller Chef, der Bayern nicht einfach der Marktwirtschaft hingibt und wieder eine Gefahr zulässt. Deswegen ist es die aktuelle Strategie, auf Perspektiven zu setzen. Ich möchte auch, dass die Friseure bald aufsperrn und der Einzelhändler wieder Kundentermine machen kann. Das ist unser Ziel.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Stöttner.

Klaus Stöttner (CSU): Wir werden dieses Ziel auch verfolgen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Kollegen Toni Schuberl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege, Sie haben dieses Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg angesprochen. Dazu möchte ich juristisch etwas klarstellen, weil immer gesagt wird, eine Beschränkung des Sortiments sei nicht möglich. Das war ein Verwaltungsgericht. Das Verwaltungsgericht überprüft, ob Verwaltungshandeln, an den Normen gemessen, rechtmäßig ist. Das Gericht hat es an der Elften Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung gemessen. Darin steht, dass das normale Sortiment erlaubt ist, aber nicht ausgeweitet werden darf.

(Klaus Stöttner (CSU): Genau!)

Das hat die Regierung da reingeschrieben. Das Verwaltungsgericht hat geprüft, ob eine Gemeinde das Sortiment beschränken darf, und hat zu Recht Nein gesagt, weil es in der Verordnung anders steht.

Für die Überprüfung, ob diese Regelung in der Verordnung rechtmäßig ist – ich denke, sie ist nicht rechtmäßig –, wäre der Verwaltungsgerichtshof zuständig.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Das kann das Verwaltungsgericht nicht.

Es ist eine Ungerechtigkeit, wenn die einen Blumen verkaufen dürfen und die anderen nicht.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Deshalb ist es rechtswidrig und nachzubessern. Sie können es nachbessern.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön. – Herr Stöttner, Sie haben eine Minute.

Klaus Stöttner (CSU): Eine Minute? – Vollkommen korrekt: Es ist ungleich, wenn ein Discounter das verkaufen darf und der Einzelhändler zusperren muss.

(Zuruf)

Aber laut Positivliste der Gesundheitsschutzgesetzgebung darf man dem Lebensmitteldiscounter den Verkauf der Nebenprodukte, die er immer schon angeboten hat, nicht verbieten. Schwaben hat das sehr streng gehandhabt. Die haben das abriegelt. Die Abriegelung darf nicht sein, und dagegen haben sich die Discounter gewehrt.

(Zuruf)

– Nein, wir haben gesagt, es muss gleichbleiben.

Das Ordnungsamt jeder Stadt und jedes Landratsamtes ist gefordert zu sagen: Die Erweiterung ist nicht in Ordnung. Wenn ein Discounter erweitert und draußen massig Blumen anbietet, obwohl er das vorher nie getan hat, dann kann man dagegen vorgehen. Das Ordnungsamt ist dafür zuständig, vor Ort Einschränkungen vorzunehmen.

Dass die die Chance nutzen, ist nicht in Ordnung.

(Zuruf)

– Seid doch froh, dass es eine einfache Verordnung ist, die schnell wieder aufgehoben werden kann. Wir hoffen, dass in ein paar Wochen wieder mehr Zuversicht herrscht.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Stöttner. Das war Ihre Minute.

Klaus Stöttner (CSU): Deswegen schauen wir, dass es wieder besser wird. Das kann man leider nicht ändern.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt die Redezeitverlängerung durch die Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Plenk. – Herr Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Stöttner, lieber Klaus, in meiner Heimatgemeinde Ruhpolding lässt der CSU-dominierte Gemeinderat auch diesen Winter 70 Kilometer Langlaufloipen präparieren und lockt damit sehr viele Tagesausflügler in die Region. Abstände können bei diesen Langlaufloipen oft nicht eingehalten werden. Bei einer klassischen Loipe ist der Abstand kleiner als ein Meter, wenn die Langläufer aneinander vorbeilaufen. Andererseits sind Geschäfte und Gastronomie geschlossen. Einnahmen sind mit diesen Aktivitäten also nicht verbunden.

Wie stehst du zu so einer Aktion? Die ist aus meiner Sicht zwar grundsätzlich wünschenswert, aber nur dann, wenn man generell öffnet und nicht nur Angebote an Hotspots macht. Das passt irgendwie von der Gesamtstrategie, die die CSU fährt, nicht zusammen.

Zum Thema Schadenersatz: Am Ende sind es die Unternehmen selbst, die sich über zukünftige Steuerzahlungen quasi selbst subventionieren.

Klaus Stöttner (CSU): Zum Thema "Schadenersatz, selbstsubventionierte Entschädigungen": Lieber Kollege Plenk, es ist besser, wenn das Finanzamt die Gewinne mit den Verlusten verrechnet und somit die Verlustverrechnungen quasi relativ schnell wieder auszahlt. Das ist eine sehr kluge Entscheidung, die gestern getroffen wurde.

Auf die erste Frage: Natürlich erwarte ich, dass Ruhpolding die Loipen so spurt, dass vernünftige Abstände eingehalten werden können. Seien wir froh, dass dort lokal was passiert.

Auch ich bin der Meinung, dass man Konzepte für die ersten Schritte der Öffnung entwickeln muss. Ich bin sehr dafür, dass man Kundentermine wieder zulässt. Das muss aber peu à peu entschieden werden.

Glauben Sie mir, wir alle, die CSU und die FREIEN WÄHLER, nehmen das sehr ernst. Wir überlegen uns Konzepte, damit die Öffnung vernünftig funktioniert. Wir wollen alle

wieder in den Biergarten gehen, einkaufen gehen, zum Friseur gehen und unseren Frauen Blumen kaufen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Stöttner.

(Zuruf: Maske auf!)

Herr Stöttner, bitte setzen Sie Ihre Maske auf. – Ich rufe den nächsten Wortbeitrag von Frau Kollegin Barbara Fuchs, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser bayerischer Einzelhandel hat in der Krise schon große Innovationskraft bewiesen: Man hat in der Pandemie sofort die neuen Vorgaben umgesetzt und seine Hausaufgaben gemacht, sodass man wirklich schnell und präzise reagiert hat. Aus dem Nichts wurden Onlineshops geschaffen, virtuelle Modeschauen veranstaltet und digitale Weinverkostungen angeboten.

Auch jetzt tragen die meisten die Maßnahmen mit und haben gezwungenermaßen Verständnis für die damit einhergehenden Schließungen. Damit kommt das wirklich große Aber: Diese Maßnahmen müssen einfach für alle gelten. Es kann nicht sein, dass die großen Supermärkte und Discounter im großen Stil Sportartikel, Kleidung, Pflanzen und vieles mehr verkaufen.

Die Bayerische Staatsregierung hat es mit der Verordnung schon in der Hand, daran etwas zu ändern. Das muss gestoppt werden; denn jeder Nachholeffekt, der irgendwann stattfinden könnte, wird dadurch verhindert. Das Click-and-Collect-System verliert damit für den lokalen Handel einen Teil seiner Wirkung. Die groß angekündigten Hilfen sind bisher bei den wenigsten Betrieben angekommen; die finanziellen Polster sind aufgebraucht.

Ich möchte es noch einmal ganz deutlich sagen – darin unterscheiden wir uns schon von der FDP –: Wir fordern nicht, plan- und kopflos etwas zu öffnen, aber wir brauchen langfristige und verlässliche Perspektiven sowie Öffnungsideen, damit die Betriebe überhaupt wieder planen können. Ich habe gerade gehört: Na ja, planen können wir vielleicht doch nicht so. – Das Gegenteil von Planen ist aber planlos. Ich kann und will mir nicht vorstellen, dass wir planlos handeln; das kann einfach nicht sein.

Deswegen sage ich: Bitte lassen Sie uns an diesen Plänen und an diesen Ideen, wie es für die Betriebe weitergeht und wie man irgendwann wieder zu Öffnungen kommen kann, teilhaben. Das soll nicht kopflos, nicht durcheinander, nicht strukturlos geschehen, aber man muss doch eine Perspektive schaffen. Dafür braucht man halt einen Plan. Die Alternative, nämlich Planlosigkeit, kann und will ich mir nicht vorstellen.

Wir stimmen dem FDP-Antrag und natürlich auch dem Antrag der SPD zu. Den Antrag der AfD lehnen wir selbstverständlich ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Fuchs. – Für die FREIEN WÄHLER hat Frau Kollegin Susann Enders das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der FDP und die Nachzieher gehen mir ein wenig zu sehr in Richtung Wunschkonzert: Öffnung ab dem 15. Februar. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vizepräsident, wenn ich mir etwas wünschen könnte, würde ich mir wünschen, dass diese Pandemie vorbei ist – heute oder morgen, zumindest bald.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch wenn wir FREIEN WÄHLER in der Regierung schon sehr viel gemacht haben und sehr viel möglich machen konnten, wird das Coronavirus morgen nicht verschwunden sein, bloß weil Anträge aus der vergangenen Woche wieder aufgewärmt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ich appelliere an Ihre Vernunft und an Ihren gesunden Menschenverstand: Datumsdebatten sind nicht der richtige Weg. Was Sie hier abziehen, ist ein Dolchstoß gegen Ihren eigenen FDP-Minister Pinkwart, der heute um 17:30 Uhr in einer Sonderwirtschaftsministerkonferenz ein sinnvolles und einheitliches Vorgehen für ganz Deutschland diskutiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe)

Wir FREIEN WÄHLER haben das größte Interesse daran – wir haben es uns auch nicht verkniffen, das in der Regierung lautstark zu sagen –, dass Handel und Gewerbe wieder Licht sehen. Wir hören nicht auf, hier für den Friseur, das mittelständische Familienunternehmen, für Taxifahrer, Gärtnereien, Blumenhändler und Gastronomie zu kämpfen. Mühsam, aber immerhin konnten wir Click and Collect bei Büchereien und einzelnen Händlern erreichen.

Natürlich wollen wir auch Öffnungen durchsetzen, wenn es so weit ist, aber stückweise und realistisch, meine Damen und Herren;

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

denn überstürztes Handeln kann dazu führen, dass wir Ende Februar wieder alles dichtmachen müssen. Ihr Antrag richtet sich also auf die falsche Zeit, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen eine sachlich begründbare und stabile Lage haben, um sicher zu sein, dass wir keinen Rückfall erleben. Dann rücken Öffnungsdebatten in den Fokus; das habe ich bereits in der Vergangenheit kundgetan. Dann reden wir über weitere Klassen in Schulen, über die Sperrstunde, über Friseure, den Einzelhandel usw.

Natürlich müssen wir über eine Strategie, über einen Exit sprechen.

(Zuruf)

Diese Strategie können wir aber nicht nach dem Kalender entscheiden; begreifen Sie das endlich. Gerechtigkeit und Planbarkeit, wie es in Ihrem Antrag heißt, müssen wir mit der Ehrlichkeit koppeln, dass wir kein Datum garantieren können, und müssen alles dafür tun, dass wir, wenn es so weit ist und die Rahmenbedingungen stimmen, zügig handeln können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur Wettbewerbsverzerrung: Die Infektionsschutzmaßnahmenverordnung, die Sie in Ihrem Antrag ansprechen, dient in erster Linie dem Infektionsschutz. Natürlich schmeckt es uns nicht, dass einzelne Händler geschlossen haben müssen, größere Märkte aber auch andere Waren anbieten können. Was passiert aber, wenn wir diese Märkte wieder absperren?

(Zuruf)

Der Onlinehandel boomt, und wir bekommen weitere rechtliche Probleme; das müsste Ihnen doch klar sein. Das Ziel ist eine dosierte Öffnung, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Das steht für Mitte Februar in Aussicht – aber nicht, weil die FDP heute in die Glaskugel schaut und prophezeit, sondern weil wir kurzfristig aufgrund der Faktenlage entscheiden werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Frau Enders. Ihre Rede hat vier Zwischenbemerkungen ausgelöst, die erste von Herrn Kollegen Toni Schuberl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Frau Kollegin, ich darf aus einem aktuellen Newsletter Ihres wirtschaftspolitischen Sprechers zitieren:

Wir FREIE WÄHLER im Landtag begrüßen die Entscheidung, dass Supermärkte und Drogerien ab sofort neben Waren des täglichen Bedarfs ihre gesamte Pro-

duktpalette anbieten dürfen. Damit muss zwingend die Öffnung des gesamten Einzelhandels im Freistaat einhergehen – alles andere wäre eine klare Wettbewerbsverzerrung.

Weiter unten schreibt er, dass das jetzt geschehen müsse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So viel zur Ehrlichkeit, die Sie anmahnen, so viel dazu, dass man nicht einfach ein Wunschkonzert machen kann. Das ist ein Beispiel dafür, dass man in München immer gute Ideen ablehnt, dann aber vor Ort den Leuten erzählt, was man alles Tolles durchsetzen möchte, das dann aber nicht macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege, ich kann meinen Kollegen Eibl zitieren. Diese Pressemeldung ist innerhalb der FREIEN WÄHLER abgesprochen: Wir stehen alle dazu, und auch er steht nach wie vor dazu.

(Zuruf)

Wenn Sie meiner Rede zugehört haben, wissen Sie, unter welchen Bedingungen diese Öffnungen stattfinden können.

(Zuruf)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Alexander Muthmann von der FDP.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrte Frau Enders, meine Frage geht in dieselbe Richtung. Sie haben uns gerade erklärt, warum die Öffnung des Einzelhandels unter den jetzigen Rahmenbedingungen nicht möglich wäre. Dagegen hat Ihre Fraktion, vertreten durch Ihren wirtschaftspolitischen Sprecher, am letzten Donnerstag noch etwas ganz anderes gefordert, und zwar nicht unter diesen Bedingungen, näm-

lich die Öffnung des Einzelhandels. Was gilt jetzt eigentlich in dieser Truppe? Es ist doch unsäglich, dass wir hier in der Debatte ständig etwas anderes hören als das, was Sie draußen verkünden.

(Beifall bei der FDP)

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Muthmann, während Sie draußen stolz wie ein Gockel herumstolzieren, weil Sie es aus Ihrer 3-%-Ecke geschafft haben, einen Artikel zu platzieren

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe)

– der Satz war noch nicht zu Ende –, um Ihrer ehemaligen Heimatfraktion, den FREIEN WÄHLERN – ich habe Sie damals leider nicht persönlich erleben können – eins reinzuwürgen,

(Zuruf)

haben wir als FREIE WÄHLER anständige Regierungsarbeit geleistet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das sieht so aus, dass wir eine Strategie erkämpfen

(Zuruf)

zwischen Gesundheitsschutz und Wirtschaftsförderung, zwischen Söder – starrer Lockdown – und FREIEN WÄHLERN – Öffnungsperspektiven – mit einem Bayern-Plan,

(Unruhe)

der Deutschland aus der Krise begleiten könnte.

(Unruhe)

Sie lachen, aber wir haben gearbeitet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung ist von Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD.

Ruth Waldmann (SPD): Frau Kollegin, Sie haben gesagt, es gehe hier nicht nur darum, sich irgendetwas zu wünschen, was die Öffnungen usw. anbelange. Wie kommt es aber dann, dass Ihr Vorsitzender so etwas ständig tut?

Herr Aiwanger hat von Anfang an erklärt, ab 11. Januar 2021 könne alles wieder öffnen, und immer wieder ist die Rede von einem Fahrplan für Lockerungen. Sie versuchen also den Eindruck zu erwecken – und zwar auch bei den Beschäftigten und bei den Branchen –, dass so etwas käme. Es kommt aber nichts. Sie legen nichts vor. Es war auch von einem Bayern-Plan die Rede, der jedoch weitgehend geheim ist.

Nennen Sie das, was Sie vorschlagen, bitte "Wünsche für irgendwann", aber nicht einen Plan, wenn Sie einen solchen nicht vorlegen können. Außerdem haben Sie, ehrlich gesagt, bis jetzt auf die Fragen der Kollegen außer mit Frechheiten mit noch nichts geantwortet.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Dann werde ich jetzt mit der nächsten Frechheit nachlegen.

(Zuruf)

Frau Waldmann, wenn Sie unsere Pressemitteilungen nicht nur aktuell, sondern bereits zum Jahreswechsel verfolgt hätten,

(Zuruf)

dann hätten Sie von unserer Öffnungsstrategie

(Zurufe)

mit sämtlichen Punkten, wenn die Rahmenbedingungen

(Zurufe)

stimmen, gelesen.

(Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Enders hat das Wort, liebe Kolleginnen und Kollegen! – Das war jetzt schon die Antwort. Dann kommt jetzt die letzte Zwischenbemerkung,

(Zuruf: Fake News!)

nämlich von Herrn Abgeordneten Mannes von der AfD.

Gerd Mannes (AfD): Meine Frage geht in die gleiche Richtung. Sie und insbesondere Herr Aiwanger verkünden die Möglichkeiten einer Öffnung. Es passiert aber nichts; Sie beschließen nichts in der Staatsregierung.

Meine Frage lautet konkret: An welchen Indizien wollen Sie festmachen, wann Sie wieder was aufmachen? Könnten Sie das jetzt wenigstens einmal sagen?

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Herr Mannes, das kann ich sagen. Wir haben es durch die Maßnahmen geschafft, dass sich die Krankenhaussituation entspannt hat, allerdings haben wir noch keine Entspannung.

(Zuruf: Wann machen Sie auf?)

– Wann machen Sie auf? – Ich habe das in meiner Rede erklärt. Es tut mir leid,

(Zurufe)

dass ich keine FDP-Glaskugel habe und kein Datum sagen kann. Ich kann sagen, wir machen auf, wenn die Rahmenbedingungen nicht nur anhand der Inzidenzen stimmen, sondern wenn wir eine weitere Entspannung vor allen Dingen für den Gesundheitsbereich erreichen.

(Zuruf)

Ich habe Sie noch nie in einem Krankenhaus arbeiten sehen, und

(Zurufe – Unruhe)

außer Brüllen –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Susann Enders (FREIE WÄHLER): – und Grölen höre ich aus dieser Ecke nichts. Von daher können Sie das nicht beurteilen; tut mir leid.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Enders. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Zuruf)

Liebe Kollegen, wenn man eine Frage stellt, muss man der Antwortgeberin die Möglichkeit geben, zu antworten.

(Unruhe)

Wenn Zwischenrufe aber in einem Dauerfeuer kommen, ergeben sie dann keinen Sinn mehr.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, und hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Zuerst stimmen wir in einfacher Form über den Antrag der AfD-Fraktion sowie den Antrag der SPD-Fraktion ab, bevor wir zur namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der FDP kommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/13106 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die restlichen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/13107 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Enthaltungen? – Bei Enthaltung des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Der Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt.

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/12914. Die Abstimmung ist eröffnet. Sie haben drei Minuten Zeit, um abzustimmen.

(Namentliche Abstimmung von 14:14 bis 14:17 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Gerechtigkeit im Einzelhandel herstellen" auf Drucksache 18/12914 bekannt. Mit Ja haben 38, mit Nein 54 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 11. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.02.2021 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Albert Duin u. a. und Fraktion FDP; Gerechtigkeit im Einzelhandel herstellen (Drucksache 18/12914)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Fackler Wolfgang			
Adje Benjamin	X			Dr. Faltermeier Hubert			
Aigner Ilse				Fehlner Martina			
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias	X		
Arnold Horst	X			Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian			
				Franke Anne			
Bachhuber Martin				Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Hans			
Bauer Volker				Friedl Patrick	X		
Baumgärtner Jürgen				Fuchs Barbara	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Füracker Albert			
Bayerbach Markus			X				
Becher Johannes				Ganserer Tessa			
Becker Barbara				Gehring Thomas			
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz			X	Gibis Max		X	
Blume Markus				Glauber Thorsten			
Böhm Martin				Gotthardt Tobias		X	
Bozoglu Cemal				Gottstein Eva			
Brandl Alfons				Graupner Richard			
Brannekämper Robert				Grob Alfred			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald	X		
von Brunn Florian				Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus	X						
Busch Michael				Häusler Johann		X	
				Hagen Martin	X		
Celina Kerstin				Prof. Dr. Hahn Ingo			X
Dr. Cyron Anne				Halbleib Volkmar			
				Hanisch Joachim			
Deisenhofer Maximilian				Hartmann Ludwig	X		
Demirel Gülseren	X			Hauber Wolfgang			
Dorow Alex		X		Haubrich Christina			
Dremel Holger				Henkel Uli			X
Dünkel Norbert		X		Herold Hans			
Duin Albert	X			Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin				Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Eibl Manfred			X	Hierneis Christian	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra	X		
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes			
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael			
				Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander			
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			X
Mang Ferdinand			X
Mannes Gerd			X
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			X
Schmid Josef			
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			X
Winter Georg			
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	38	54	11